

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Hans-Jürgen Wischnewski  
MdB, SPD-Präsidiumsmit-  
glied, zum 6. Jahrestag des  
Sturzes des Somoza-Regi-  
mes in Nicaragua: Kriti-  
sche Solidarität.

Seite 1

Rudolf Scharping MdL,  
Stellvertretender Vorsitzen-  
der der SPD Rheinland-  
Pfalz, resümiert die Kanzler-  
Anhörung vor dem Mainzer  
Untersuchungs-Ausschuß:  
Kohl hat eine gesplattene  
Erinnerung.

Seite 3

Ludwig Fellermaier MdEP,  
Vorsitzender der Türkei-  
Konferenz der sozialdemo-  
kratischen und sozialisti-  
schen Fraktionen in der EG,  
nennt die Voraussetzungen  
für eine Normalisierung zwi-  
schen der EG und Ankara:  
Türkei muß wieder demo-  
kratisch werden.

Seite 4

40. Jahrgang / 135

19. Juli 1985

Sechs Jahre danach

Zum Jahrestag des Sturzes des Somoza-Regimes in Nicaragua

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB  
SPD-Präsidiumsmitglied

Vor sechs Jahren säumten jubelnde Menschen die Straßen zur Haupt-  
stadt Managua, auf denen der Einzug der militärischen Verbände der  
sandinistischen Befreiungsfront (MFSLN) das Ende jahrzehntelanger  
Diktatur des Somoza-Clans manifestierte. Nicht nur für Nicaragua,  
auch für die weitere mittelamerikanische Region und darüber hinaus  
für viele Länder der Dritten Welt schienen neue Formen demokrati-  
scher Gestaltung und sozialer Reform möglich zu werden. Die nicara-  
guanische Revolution hatte nicht auf klassische Vorbilder des We-  
stens oder Ostens zurückgegriffen, sondern den Kampf gegen die Dik-  
tatur des Familien-Clans der Somoza mit den Ideen des nationalen  
Volkshelden aus den 20er Jahren unseres Jahrhunderts Sandino ge-  
führt.

Auch wenn in den Jahren des bewaffneten Aufstandes mehr und  
mehr Teile der eher konservativ eingestellten besitzenden Schichten  
des Landes aufgrund am eigenen Leibe erfahrener Repressionen So-  
mozas zum Widerstand gegen den Diktator stießen, die Hauptlast der  
militärischen und politischen Aktionen lag bei den Frauen und Män-  
nern der sandinistischen Befreiungsfront. Vieles von dem, was man-  
chem in der westlichen Welt, auch den Freunden Nicaraguas als  
fremd, als hart, manchmal sogar als doktrinär erscheint, wurzelt in  
den Erfahrungen der bewaffneten Auseinandersetzung mit einer  
Diktatur. Das heißt nicht, daß wir uns gegenüber dem politischen Ge-  
schehen Nicaraguas und dem Wirken der Sandinisten unkritisch oder  
nur zustimmend zu verhalten haben. Aber wir haben zur Kenntnis  
zu nehmen, daß ein jahrhundertelanger Kampf gegen Ausbeutung  
von außen und gegen Unterdrückung im Innern eigene Formen ent-  
wickelt.

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
with recycled paper  
Recycling-Paper



Das Nicaragua des Jahres 1985 befindet sich in einer anderen Lage als das Nicaragua von 1979. Damals die begreifliche Euphorie des Sieges über den Unterdrücker, heute die Sorge um den Bestand der nationalen Unabhängigkeit, die Enttäuschung über den Westen, wobei hier mehr die USA gemeint sind als die Westeuropäer. Und nicht zuletzt der Ärger mit der wirtschaftlich schwierigen Lage. An die Stelle des Überschwangs von 1979 ist die Ernüchterung von 1985 getreten. Trotzdem, auch trotz der Fehler, denen auch die Sandinisten nicht entgangen sind, ist Nicaragua stabil geblieben. Die kritische Solidarität der Freunde in Westeuropa, aber auch die Kritik gewichtiger nordamerikanischer gesellschaftlicher Kräfte an der Außenpolitik von Präsident Reagan haben einen nicht unwichtigen Beitrag zur Bewahrung der Errungenschaften der Revolution von 1979 geleistet. Die Sandinisten haben ihre Versprechungen hinsichtlich demokratischer Wahlen eingehalten. Dies war und ist der wohl wichtigste Posten im Kalendarium der letzten Jahre.

Für die Sozialdemokratische Partei, aber nicht nur für diese, sondern für alle demokratischen Kräfte in Europa und anderswo, ist Nicaragua zu einem Testfall in doppelter Hinsicht geworden:

Wird es den Sandinisten weiterhin ernst mit der Einhaltung der drei Prinzipien der sandinistischen Revolution von 1979 sein? Werden die Sandinisten angesichts der Repressionen der USA gegenüber Nicaragua die Nerven behalten und trotz allem die Blockfreiheit bewahren?

Zum anderen, weil wir zeigen müssen, daß Nicaragua für uns auch der Testfall für die Glaubwürdigkeit (oder Unglaubwürdigkeit) unserer Bündnisvormacht ist oder werden kann.

Am Jahrestag des Sieges vor sechs Jahren sollten wir alles tun, um die Bemühungen der Contadora-Gruppe zum Frieden und zur Stabilität in der mittelamerikanischen Region zu stützen, zu unterstützen. Dies ist der wohl beste Beitrag, den wir im westlichen Europa zur Erhaltung der Unabhängigkeit Nicaraguas und zur Bewahrung der Ziele der Revolution Sandinos leisten können. (-/19.7.1985/rs/ks)

+ + +



**Kohl hat eine gespaltene Erinnerung**

**Spenden nicht nur beschafft, sondern auch bei der "Wäsche behilflich"**

Von Rudolf Scharping MdL  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Die Aktenlage zeigt uns eine Fülle von Fällen, die dokumentieren, daß der damalige Ministerpräsident Dr. Kohl sich aktiv um Parteispenden gekümmert hat. Er bestätigt dies auch mit seinen Aussagen, er habe von der Aquirierung von Parteispenden gewußt und habe Spendern Wege gewiesen, wie man zu steuerlich absetzbaren Quittungen kommen könnte, deren steuerliche Wirkung über das hinausgeht, was man normalerweise mit einer Parteispende erreichen kann.

Wir halten es für schwer erträglich, daß ein wichtiger deutscher Politiker Firmen dabei behilflich ist, daß sie Betriebsausgaben fingieren können. Dadurch, daß ihnen von Gesellschaften Scheinrechnungen zur Verfügung gestellt werden oder von Vereinigungen wie beispielsweise dem Verein zur Förderung der pfälzischen Wirtschaft, dann Scheinspendenquittungen ausgestellt werden. Wir ziehen daraus den Schluß, daß Herr Kohl sich nicht nur aktiv um Parteispenden bemüht hat, sondern daß er auch gewollt und gebilligt hat, daß solche Parteispenden an den Augen und den Ohren des Finanzamtes vorbei und über Waschanlagen in die Kassen der CDU geschleust worden sind.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß für den vom Untersuchungsausschuß überschaubaren Zeitraum seit Beginn der 70er Jahre über die Staatsbürgerliche Vereinigung über 210 Millionen DM Parteispenden gewaschen worden sind und über die beiden anderen in Rede stehenden Vereinigungen rund 30 Millionen DM. Die Erinnerung ist nötig, weil es sich hier nicht um einen Bagatelldfall handelt, sondern um eine systematisch organisierte Praxis, von der der damalige Ministerpräsident Dr. Kohl offenbar gewußt hat, an die er sich heute aber nicht mehr erinnern will.

Bemerkenswert ist zudem, daß die CDU, die sich lange gesperrt hat gegen eine Vernehmung des heutigen Bundeskanzlers, ihr völliges Desinteresse an einer wirklichen Aufklärung durch ihr eigenes Verhalten deutlich gemacht hat. Das Verhalten des Ausschußvorsitzenden ist von einer kaum noch zu überbietenden Parteilichkeit. Das macht sich in seinen Fragen und in seinem sitzungsleitenden Verhalten deutlich. Ich empfinde das Verhalten der CDU-Kollegen, die keine Fragen, weil offensichtlich auch kein Aufklärungs-Interesse haben, bedrückend, weil es zeigt, daß die Bereitschaft kaum besteht, sich mit der eigenen Praxis auch ein Stück selbstkritisch auseinanderzusetzen.

Die SPD-Fraktion wird jetzt abwarten, wie sich ein Verfahren entwickelt, mit dem die Anwälte von Spendern, gegen die in Rheinland-Pfalz Ermittlungsverfahren anhängig sind, die Herausgabe der Ermittlungsakten an den Untersuchungsausschuß verhindern wollen. Wir drängen auf die Herausgabe. Wir werden dann zu studieren haben, was diese Ermittlungsakten hergeben, insbesondere zu der Frage, wie aus der Sicht von Spendern die Aquisition und die Wäsche der Spenden gelaufen ist. (./19.7.1985/rs/ks)

+ + +



**Die Türkei muß wieder demokratisch werden****Eine Normalisierung der Beziehungen setzt die Abschaffung von Todesurteilen und Sondergerichten voraus**

Von Ludwig Fellermaier MdEP

Vorsitzender der Türkei-Konferenz der sozialdemokratischen und sozialistischen Fraktionen in der EG

Nach "Informationen aus erster Hand" wird künftig bei Auslandsreisen Bundeskanzler Kohl immer dann, wenn es um sehr schwierige außenpolitische Probleme geht, durch "Mister Non-paper" vertreten. "Mister Non-paper" hat denn, wie im Falle des Türkei-Besuches von Kanzler Kohl, vor allem die Aufgabe, im besuchten Land die Öffentlichkeit zu verwirren. Allen Ernstes - was ist das für ein Umgang mit dem sensibelsten Teil der Beziehungen zwischen der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland, nämlich der Freizügigkeit der türkischen Arbeitnehmer?

Außenminister Genscher, der in Ankara bei den hochkarätigen Gesprächen nicht dabei sein durfte oder wollte, trägt ausschließlich die Verhandlungsverantwortung im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft, ebenso wie im NATO-Rat, wenn es um spezielle Türkei-Fragen geht. Nicht der Bundeskanzler, sondern der Außenminister steht in einem intensiven Briefwechsel mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors. Dem Vernehmen nach will Genscher dabei erreichen, daß die EG-Kommission noch in diesem Jahr in umfassenden und abschließenden Verhandlungen mit der türkischen Regierung hinsichtlich der Freizügigkeit für Arbeitnehmer eintritt. Dabei soll die Brüsseler Kommission, - denn nur sie hat nach dem Assoziierungsvertrag das Mandat dazu -, eine dauerhafte Lösung finden, das ungehinderte Einströmen von arbeitssuchenden türkischen Bürgern ab Ende 1986 in die Europäische Gemeinschaft, und damit vor allem in die Bundesrepublik Deutschland, zu verhindern: Lange, allzulange, hat die Bundesregierung - und der EG-Kommission kam dies offensichtlich sehr gelegen - das strittige Problem vor sich hergeschoben.

Zur Erinnerung: Am 12. September 1963 wurde in Ankara das Abkommen zur Gründung der Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei unterzeichnet. Alle nationalen Parlamente des damaligen Europas der Sechs haben dieses Abkommen, dessen Laufzeit unbegrenzt ist, ratifiziert. Ziel des Abkommens ist es, "eine beständige und ausgewogene Verstärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragspartnern unter voller Berücksichtigung der Notwendigkeit zu fördern, daß hierbei der beschleunigte Aufbau der türkischen Wirtschaft sowie die Hebung des Beschäftigungsstandes und der Lebensbedingungen des türkischen Volkes gewährleistet werden". Nach dem Artikel 28 besteht sodann die Möglichkeit, daß die Türkei ein Beitritts-gesuch als volles Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaft stellen kann.

1973 wurde dann ein Zusatzprotokoll, genannt Ankara-Protokoll, in Kraft gesetzt, dessen Artikel 36 folgende Formulierung zur Freizügigkeit enthält: "Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und der Türkei wird nach den Grundsätzen des Artikel 12 des Assoziierungsabkommens und dem Ende des 22. Jahres nach dem Inkrafttreten des genannten Abkommens schrittweise hergestellt." Nach dieser Vorschrift muß also der freie Zugang für türkische Arbeitnehmer zum Arbeitsmarkt der EG bis spätestens 1. Dezember 1986 verwirklicht sein, weil in diesem Monat das 22. Jahr der Laufzeit des Assoziierungsvertrages erreicht ist.

Die völkerrechtliche Situation ist damit eindeutig und klar, und sie kann auch nicht mit einem noch so kühnen Non-paper des Regierungssprechers Ost vom Tisch gefegt werden. Die Türkei pocht angesichts einer Arbeitslosenzahl, die eher näher bei vier Millionen, als bei den genannten 3,5 Millionen Arbeitslosen liegt, und einer Inflationsrate, die sich von 1984 auf 1985 um 60 Prozent gesteigert hat, auf ihr Recht. Sie pocht nicht nur darauf, sondern sie pokert und will in dem Wissen, daß kein Land der Europäischen Gemeinschaft bei der eigenen Arbeitslosenzahl, den Vertrag so noch erfüllen kann, dafür große wirtschaftliche und finanzielle Zugeständnisse von der EG und ihren Mitgliedstaaten.



Nicht nur in Bonn, um im Jargon eines deutschen Boulevard-Blattes zu bleiben, "schwankt der Riese". Auch in Ankara "schwankt der Dicke", denn auch Ministerpräsident Özal war mit dem Versprechen angetreten, die Arbeitslosigkeit radikal zu senken. Das Gegenteil trat nicht nur in Bonn, sondern auch in Ankara ein. Damit nimmt der innenpolitische Druck auf den türkischen Ministerpräsidenten zu, und deshalb versucht er sich jetzt außenpolitisch Luft zu verschaffen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß in der Tat jetzt schnell und wirkungsvoll zwischen Brüssel und Ankara verhandelt werden muß. Wir sind aber - und hier unterscheiden wir uns von der Bundesregierung - nicht bereit, die fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen in der Türkei unter den Teppich zu kehren, um schnell in der Lösung der Freizügigkeitsfrage voranzukommen. Man kann es nur als Hohn und Demütigung eines Regierungschefs einer parlamentarischen Demokratie bezeichnen, wenn beim Eintreffen von Kanzler Kohl in der Türkei just in diesem Augenblick ein Militärgericht erneut zehn Todesurteile verhängte.

Wir werfen dem Bundeskanzler nicht vor, daß er als erster Regierungschef der zehn EG-Länder nach 1980 die Türkei besucht hat. Was wir ihm vorhalten, ist, daß er über Freizügigkeit, über Investitionen der deutschen Wirtschaft in der Türkei, über die Verstärkung der Militärhilfe, über den möglichen Lizenzbau des Panzers Leo 2 am Bosphorus verhandelt hat; daß er aber die Frage der Menschenrechte nur in sehr allgemeinen Formulierungen in seiner offiziellen Tischrede angesprochen hat. Wenn Todesurteile verhängt, Massenprozesse vor militärischen Sondergerichten stattfinden und in Provinzen noch Kriegsrecht herrscht, ist es zu wenig, wenn der Kanzler in der Tischrede sagt, "die Bundesregierung weiß die Fortschritte, die Sie auf dem Wege zur Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei erreicht haben, zu würdigen...". Dann kommt in der gleichen Rede der folgenschwere Satz: "Wir alle sind davon überzeugt, daß die Türkei in absehbarer Zeit auch die noch verbliebenen, aus der Zeit vor dem 12. September 1980 resultierenden Einschränkungen der demokratischen Rechte beseitigen wird."

Welche Berater im Kanzleramt sind für einen solchen Fehlgriff eigentlich verantwortlich? Hier wird der Eindruck erweckt, nicht die Generäle hätten am 12. September die bürgerlichen Grundrechte außer Kraft gesetzt, sondern das gewählte Parlament bereits vor der Machtübernahme durch die Militärs. Richtig dabei ist lediglich, daß die Große Türkische Nationalversammlung bereits vor der Machtübernahme in verschiedenen Provinzen das Kriegsrecht im Kampf gegen den links- und rechtsradikalen Terror verhängt hatte. Für uns, Herr Bundeskanzler, war das zu wenig, was Sie in der Tischrede zu den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei sagten. Gerade angesichts der alten traditionellen Freundschaft zwischen der Türkei und Deutschland hätte man eine deutlichere Sprache führen müssen.

Das Auswärtige Amt, wohl der Schwierigkeiten der EG-Verhandlungen mit der Türkei bewußt, hat bei der sozialdemokratischen Opposition vorgefühlt, ob denn nicht der Gemischte Parlamentarische Ausschuß EG/Türkei, der sich aus 18 Mitgliedern der türkischen Nationalversammlung und der gleichen Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments zusammensetzt, nicht wieder konstituiert werden könnte, nachdem das Europäische Parlament die parlamentarischen Beziehungen nach dem 12. September 1980 eingefroren hatte. Dazu eine formelle Antwort: Der Gemischte Parlamentarische Ausschuß hat nach dem Assoziationsvertrag vor allem die Aufgabe, den Jahresbericht des Assoziationsrates, der auf Außenminister-Ebene zusammentritt, entgegenzunehmen. Welchen Bericht soll aber der Ausschuß entgegennehmen, nachdem die letzte Assoziationsratssitzung 1979 war? Die Außenminister der Zehn werden also selbst vor der europäischen Öffentlichkeit Farbe bekennen müssen, wann sie den Zeitpunkt für gegeben erachten, die politischen Beziehungen zwischen der EG und der Türkei wieder voll zu normalisieren. Das Europäische Parlament holt nicht für die Außenminister die Kastanien aus dem Feuer.



Die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments ist zu einer Normalisierung des Assoziationsverhältnisses EG/Türkei unter folgenden Voraussetzungen bereit:

1. Die Türkische Nationalversammlung muß endlich ein Gesetz zur Amnestie für politische Häftlinge verabschieden.
2. Massenprozesse vor militärischen Sondergerichten müssen eingestellt werden. (Der Prozeß gegen die Funktionäre der DISK-Gewerkschaft befindet sich jetzt im vierten Jahr und juristische Beobachter sagen immer noch kein Ende voraus).
3. Todesurteile von militärischen Sondergerichten verhängt, dürfen nicht mehr vollstreckt werden.
4. Die Zulassung von freien Gewerkschaften und ihre freie Betätigung muß nach den Grundsätzen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf gewährleistet sein.
5. Das Kriegsrecht muß in allen Provinzen aufgehoben werden. Denn beispielsweise bedroht es in Istanbul, der Stadt mit den meisten Zeitungsverlagen, die Unabhängigkeit und Freiheit der Presse.

Unter Kriegsrecht und Ausnahmezustand kann eine Nation, die den Willen zur Wiedererlangung der vollen parlamentarischen Demokratie hat, nicht frei atmen. Das jüngste Kriegsgerichtsverfahren gegen ein führendes Mitglied der oppositionellen sozialdemokratischen Partei (SODEP) wegen kritischer Äußerungen in der Öffentlichkeit bestätigt in erschreckender Weise, daß die Özal-Regierung immer noch unter Oberaufsicht der Militärs steht.

Wir Sozialdemokraten hoffen und wünschen uns ein positives Signal aus Ankara zur Wiederherstellung von Freiheit und Demokratie auf allen Ebenen. Wir wissen um die Bedeutung der Türkei in ihrer Brückenfunktion im arabischen Raum, dem Nahen und Mittleren Osten, und wir kennen und würdigen das Bekenntnis des türkischen Volkes zu Freiheit, innerer Liberalität und parlamentarischer Demokratie seit der großen Staatsreform unter Kemal Atatürk!

(-/19.7.1985/rs/ks)

+ + +

